

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 192
des Abgeordneten Sigmar-Peter Schuldt
Fraktion der DVU
Drs. 4/444

Wortlaut der Kleinen Anfrage:

Pkw-Maut in Deutschland

Derzeit wird in Politik und Medien zunehmend die Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr für Personenkraftfahrzeuge zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen zur Finanzierung des Bundes-Autobahn-Netzes sowie als umweltpolitisches Steuerungselement diskutiert.

Ich frage die Landesregierung:

Wie ist die Position der Landesregierung zur Einführung einer Autobahnmaut für Personenkraftfahrzeuge in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf deren

- a) umweltpolitische Lenkungseffekte und/oder
- b) haushaltspolitische Gesichtspunkte?

(Bitte detaillierte Darlegung bei Abwägung aller steuer-, umwelt- und rechtspolitischen Kriterien!)

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Raumordnung die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr für Personenkraftwagen derzeit nicht auf der Tagesordnung der aktuellen politischen Themen steht. Das geltende System der Kraftfahrzeugsteuer, das über die Staffelung der Steuerhöhe nach Schadstoffklassen auch ein umweltpolitisches Steuerungselement enthält, sowie die Mineralölsteuer werden unter umwelt- und haushaltspolitischen Aspekten für ausreichend gehalten, die gewünschte Lenkungsfunktion zu entfalten und eine gerechte Anlastung der Wegekosten zu erreichen: Wer viel fährt und viel verbraucht zahlt auch mehr als ein Wenigfahrer mit einem sparsamen Fahrzeug.

Erhebliche zusätzliche Einnahmen zur Finanzierung des Autobahn- und Bundesstraßennetzes dürften durch die Einführung der Autobahnmaut für Lastkraftwagen ab 01. Januar 2005 künftig erzielt werden.

Der Aufbau eines flächendeckenden Erfassungssystems für eine Pkw-Maut bedeutet immense Kosten. Im Vergleich mit der Lkw-Maut wären hier statt einiger hunderttausend Lkw ca. 40 Mio. Pkw betroffen und müssten entsprechend ausgestattet werden. Dass derartige Aufwendungen in einer verhältnismäßigen Relationen zu den erreichbaren volkswirtschaftlichen, umwelt- und verkehrsentlastenden Effekten stehen, erscheint fraglich.

Deshalb hält die Landesregierung auch unter dem Aspekt der Erschließung zusätzlicher Finanzquellen zur Finanzierung des Autobahnnetzes die Einführung einer Pkw-Maut für nicht angemessen und zweckmäßig.